

AKTUELL

MOBIL 2020

Wunsch und Wirklichkeit

Richard Graf

Der Mouvement Ecologique vermisst notwendige Weichenstellungen in Sachen Verkehrspolitik: Mobilitäts- und Klimaaspekte werden kaum berücksichtigt.

Schickes Layout, keine neuen Akzente. Die Meco-Kritik an die Adresse des Transportministers, der vor kurzem die Luxemburger Haushalte mit einer glanzvollen Broschüre beglückte (siehe woxx 922), könnte schärfer nicht sein. Auch wenn die Transportpolitik in den vergangenen Wochen und Monaten die politische Aktualität recht stark prägte und laut dem Minister noch nie so viele Gelder in den öffentlichen Transport geflossen sind, vermisst Meco-Präsidentin Blanche Weber „eine wirklich systematische Herangehensweise, um die Mobilität von vornherein in die Planung eines Projektes einzubeziehen“. Überhaupt sei Mobilitätsplanung ein Fremdwort, wenn es um Vorhaben wie den „Pacte Logement“ oder das geplante Einkaufszentrum in Wickringen gehe.

Symptomatisch für die derzeitige politische Situation ist auch die Ungewissheit bezüglich des „Plan sectoriel Transport“, von dem nicht gewusst ist, wann er kommen wird und welchen Prioritäten er Rechnung tragen soll. Zwar zirkuliert ein entsprechender Entwurf unter Ministerien und Beamten, doch werden in der Zwischenzeit laut Meco „knallharte Fakten“ geschaffen. Auffallend sei auch, dass Aspekte des Klimaschutzes in allen Debatten gänzlich ausgeklammert werden und aktuelle Trends in Sachen Modal-Split nicht mehr aufgeführt werden. „Tendierte die Entwicklung - wie politisch gewünscht - in Richtung 25 Prozent für den öffentlichen Transport?“, will Blanche Weber wissen.

Der eingangs erwähnten Broschüre „mobil 2020“ komme zwar das Verdienst zu, eine Lanze für den konsequenten Ausbau des öffentlichen Transportes zu brechen, doch enthalte das Dokument keine wirklich neuen Akzente. Ein Blick in die pluriannuelle Finanzplanung der Regierung mache zudem deutlich: Zwischen den frommen Wünschen des Verkehrsministers und der Realität bestehe eine riesige Kluft. Der Meco begrüßt, dass

die Ausgaben im „Fonds du rail“ bis 2011 verhältnismäßig stärker ansteigen, als jene im „Fonds des Routes“. Doch verweist Blanche Weber auf Hinweise, laut denen „Gelder, die in den vergangenen Jahren für Projekte im Infrastrukturbereich für die Eisenbahn vorgesehen worden seien, kaum ausgeschöpft wurden“. Sollte sich dieser Verdacht bestätigen, wäre der Zuwachs ein rein kosmetischer, weil er mit den nicht verbrauchten Geldern aus den Vorjahren finanziert würde. Umgekehrt sind Gelder für innovative Projekte, wie die Luxemburger Stadtbahn, in der langjährigen Finanzplanung noch gar nicht vorgesehen. Eine Kritik, die der Verkehrsminister in diesem Punkt zurückweist: Es sei gar nicht vorgesehen die Tram über diesen Fonds zu finanzieren.

Die Umweltgewerkschaft zeigt sich irritiert, dass der „Fonds des routes“ im Budgetentwurf 2008 - im Gegensatz zum „Fonds du Rail“ - weitaus detaillierter aufgelistet wird. Ausführlich werden alle Projekte unter Angabe der in den jeweiligen Jahren anfallenden Investitionskosten dargestellt. Dort würden selbst jene Projekte aufgeführt, über die noch gar nicht entschieden worden sei und über die zum Teil kontrovers diskutiert werde.

Demnach scheint sich das wesentliche Novum der aktuellen Regierung auf der Ebene der Rhetorik zu finden. Die Regierung „tanzt - wie auch die vorherigen - auf allen Hochzeiten und versucht die Akteure zu beruhigen: die Verfechter des öffentlichen Transportes ebenso wie die FEDIL, die sich Sorgen um den Tiefbau macht, oder die Autolobby, die partout Einschränkungen im Individualverkehr vermeiden möchte“, bilanziert der Meco.

Der Verdacht, die Regierung führe eine Doppelstrategie, die mit Broschüren und gut gemeinten Absichtserklärungen des Transportministers verschleiert werden soll, fand seine Bestätigung in einer von den Mehrheitsparteien vorbereiteten Chamber-Motion, in welcher die Realisierung einer Vielzahl von Einzelprojekten im Straßenbaubereich angemahnt wird, ohne deren Stellenwert aus verkehrs- oder klimapolitischer Sicht zu hinterfragen.

SHORT NEWS

Pestizide im Europa-Parlament

Entgegen der Meinung einiger ihrer Fraktionskollegen hatte sich die Europa-Abgeordnete Erna Hennicot-Schoepges (CSV) für eine strengere Pestizid-Verordnung in der EU eingesetzt (siehe woxx 924). Mit gewissem Erfolg: Im Votum diese Woche in Straßburg wurde der Bericht der grünen Abgeordneten Hiltrud Breyer zum neuen Gesetz nicht entscheidend abgeschwächt. Die Fraktion der Liberalen und die der Christdemokraten stimmte nicht einheitlich über die Hunderte von Änderungsanträgen ab. Für das weitgehende Verbot von krebserregenden, neurotoxischen und erbgutverändernden Stoffen sprach sich eine Mehrheit im Parlament aus. Einige Vorschläge scheiterten jedoch an der christlich-liberalen Opposition: Beispielsweise bleibt es den Mitgliedstaaten vorbehalten, ob sie den Bauern vorschreiben, ihre Nachbarn über Sprühaktionen zu informieren. In diesem Punkt waren sich die beiden CSV-Abgeordneten Erna Hennicot und Astrid Lulling nicht einig. Während sich erstere für eine Informationspflicht aussprach, würde diese laut Lulling lediglich eine „Massenhysterie“ sowie eine „Monster-Bürokratie“ provozieren. Der Vorschlag einer Reduzierung um 20 Prozent des Pestizid-Aufkommens in der EU binnen zehn Jahren bekam ebenfalls keine Mehrheit.

CSV: auf den rechten Kurs gebracht

Der Spagat zwischen Konservatismus und Modernität, in dem sich die CSV seit einem Jahrzehnt befindet, führte in den vergangenen Wochen zu widersprüchlichen Aussagen von Parteikadern bei Themen wie Religionsunterricht und Euthanasie. Nach der zurückhaltenden Reaktion auf die Aussagen von Françoise Hetto-Gaasch und der strengen Maßregelung von Marie-Josée Franck konnte man sogar meinen, der fortschrittliche Flügel habe die Oberhand gewonnen. Doch am Mittwochabend wurden im CSV-Nationalrat die Karten wohl neu gemischt. Jedenfalls gab sich Parteipräsident François Biltgen am folgenden Morgen im RTL-Interview pfäffisch und stramm rechts wie kaum je zuvor. Im Kern unterstütze auch Françoise Hetto die Grundidee, dass Religion in die Schule gehöre, so Biltgen. Weiter argumentierte er brav auf Bistumslinie, dass die Mehrheit der Bürger den religiösen „Werteunterricht“ wähle und dass es nicht in Frage komme, über eine simple Abschaffung des Religionsunterrichts zu diskutieren. Der CSV-Präsident berichtete, zum Islam in Luxemburg habe es viele Fragen gegeben, vor allem was die öffentliche Ordnung angehe. Dort befinde sich für die CSV die Grenze der Religionsfreiheit, zum Beispiel wenn man an öffentlichen Orten verschleiert auftrete. Auf die erstaunte Nachfrage des Journalisten bestätigte Biltgen: „In einer offenen Demokratie gibt es keinen Grund - auch keinen religiösen - sein Gesicht zu verbergen.“ Unklar ist, ob der Wunsch, das Verschleiern zu verbieten, eher mit Islamophobie oder aber mit den Kameras zu tun hat, mit denen Luc Frieden öffentliche Plätze überwachen will. Klar ist, dass auf Luxemburg schöne Zeiten zukommen.

Toujours pas propre

Le secteur nettoyage est décidément en ébullition. Après la conférence de presse commune de l'OGBL et du LCGB fin septembre, où les deux syndicats dénonçaient l'attitude du patronat qui ne cherchait même pas à négocier une nouvelle convention collective, le syndicat services privés de nettoyage, d'hygiène et d'environnement de l'OGBL vient d'annoncer la phase deux. Ainsi ce samedi, 27 octobre se tiendra une première réunion de protestation dans la grande salle de la Maison du peuple à Esch. Tout en réunissant les actrices et les acteurs du terrain, l'OGBL continue d'accuser la fédération des employeurs de toujours refuser et bloquer toute négociation. Preuve que dans le temps d'un mois pas beaucoup de choses ont changé. Des bureaux débordants de détritus seraient-ils en vue?